

INFOBRIEF

Informationen aus dem Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Leese (Landkreis Nienburg)

Das Umweltministerium gibt zu aktuellen Themen, die das Zwischenlager Leese betreffen, in unregelmäßigen Abständen Infobriefe heraus. Die Texte werden sowohl auf unserer Internetseite veröffentlicht als auch per Mail an interessierte Leserinnen und Leser geschickt. Der Infobrief kann auch abonniert werden.

Das Ergebnis der Unterrichtung über ein auffälliges Fass mit radioaktiven Abfällen aus dem Jahr 1981 ist der Anlass, die Reihe der Infobriefe zum Zwischenlager Leese fortzusetzen. Nachdem das Fass mit der Nummer 1989 aufgrund eines Korrosionsbefundes aus dem Fassstapel geborgen und gesichert worden war, wurde es nun auf Veranlassung des MU geöffnet und untersucht. Dabei wurden erhebliche Unstimmigkeiten zwischen der Deklaration des Fasses und seinem Inhalt festgestellt. Insbesondere wurden in unzulässiger Weise Flüssigkeiten in das Fass eingebracht, die vermutlich zur Beschleunigung der Korrosion geführt haben.

Presseinformation des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz vom 20.05.2015:

Umweltminister Wenzel zu Zwischenergebnissen der Untersuchung von Fässern mit radioaktiven Altabfällen im Zwischenlager Leese: Falsch deklariertes Inhalt - Weitere Untersuchungen - Überprüfung aller alten Dokumentationen - Hallenneubau

Der Niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel hat am Freitag (heute) in Hannover über den Zwischenstand der Untersuchung von auffälligen Fässern mit radioaktiven Altabfällen im Zwischenlager in Leese informiert. Demnach wurden beim Öffnen eines im Jahr 1981 befüllten Fasses aus dem Bestand der ehemaligen Landessammelstelle Steyerberg „erhebliche Unstimmigkeiten“ zwischen der Deklaration und dem tatsächlichen Inhalt festgestellt. Die aus dem medizinischen Bereich stammenden Abfälle wurden als „Papier, Zellstoff etc.“ ausgewiesen. Tatsächlich wurden jedoch neben Beton, Holz- und Stoffresten mehrere Blech- und Plastikbehälter gefunden, die auch Flüssigkeiten enthielten. Die offensichtliche Falschdeklaration und die Tatsache, dass das untersuchte Fass zu einer Charge von weiteren neun Fässern gleicher Herkunft gehört, würden einen akuten Handlungsbedarf erfordern, sagte der Minister.

Wenzel: „Das Einbringen von Flüssigkeiten in ein Abfallfass war nach der damaligen Benutzungsordnung der Landes-

sammelstelle Steyerberg ebenso wie nach heutigen Regelungen unzulässig.“ Es müsse davon ausgegangen werden, dass die unzulässige Befüllung in weiteren Fässern gefunden werden könne. „Die Korrosion resultiert offenbar aus dem Fassinneren“, sagte Wenzel. Gegenwärtig sei nicht abzusehen, mit wie vielen weiteren Schäden gerechnet werden müsse. Die Fassreste aus der Untersuchung werden in neuen Fässern für weitere Untersuchungen bereitgestellt.

„Offenbar erleben wir im Zusammenhang mit den genannten Fässern ein neues Beispiel dafür, wie in früheren Zeiten nachlässig, fahrlässig oder gar vorsätzlich bedenkenlos mit radioaktiv belastetem Material umgegangen wurde“, sagte Wenzel. Die Hinterlassenschaft der jahrzehntelangen Atom-Euphorie würde nun an allen Ecken und Kanten sicherheitstechnische und finanzielle Herausforderungen bewirken, die die Allgemeinheit teuer zu stehen kommen.

Neben den vom Ministerium angeordneten weiteren Untersuchungen, will Wenzel mit einer dreigeteilten Handlungsstrategie vorgehen. Kurzfristig werden die Inspektionen im Lager erweitert. Für den Fall, dass weitere auffällige Fässer entdeckt werden, wird ein Bergungskonzept erarbeitet. Für den Umgang mit Schäden sollen Musterlösungen entwickelt werden. Zudem sei zu prüfen, in welchem Umfang Stichproben notwendig sind.

Mittelfristig sollen die Fässer durch sogenannte Nachqualifizierungsmaßnahmen in einen endlagergerechten Zustand kommen. Dazu gehören die Aufarbeitung aller vorliegenden Dokumentationen, Nachprüfungen von Fassinhalten und gegebenenfalls die Umverpackung in andere Behältnisse.

Zudem will der Minister die Bedingungen der Lagerung am Standort Leese verbessern und die Umsetzung eines Hallenneubaus beschleunigen. Die Abfallmenge am Zwischenlager Leese soll dabei nicht steigen, vielmehr wird geprüft, inwieweit das zulässige radioaktive Inventar vermindert werden kann. Die Kosten soll der Bund übernehmen, der verpflichtet ist, die Abfälle in ein Bundesendlager zu übernehmen, wenn dies zur Verfügung steht. Das Bundesumweltministerium hat das Vorhaben grundsätzlich befürwortet. Der Bau wird mit Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung sowie einem Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung geplant.

Den Redebeitrag von **Umweltminister Stefan Wenzel** auf der Pressekonferenz und weitere Informationen zum Zwischenlager Leese finden Sie hier:

<http://www.umwelt.niedersachsen.de/aktuelles/radioaktive-abfaelle-im-zwischenlager-leese-143891.html>

Herausgeber:

Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Kommunikation, Presse, Öffentlichkeitsarbeit
Archivstr. 2 - 30169 Hannover
Rudi Zimmeck Tel. (0511) 120-3426
pressestelle@mu.niedersachsen.de
www.umwelt.niedersachsen.de

Infobrief abonnieren oder abbestellen unter:

http://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/atomaufsicht_strahlenschutz/infobrief_leese/



Niedersachsen